

Resolution des Rates der Gemeinde Ritterhude

Zurück zur Ortsumgehung

Beendet den Etikettenschwindel – Ritterhude braucht eine Ortsumgehung, keinen Autobahnzubringer.

Prolog: Auf einen Blick

Worum geht es?

Seit Jahrzehnten wird den Menschen in Ritterhude eine Ortsumgehung versprochen. Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich.

Ritterhude braucht eine wirksame Entlastung der Ortsdurchfahrt.

Die heute geplante B74neu erfüllt diesen ursprünglichen Auftrag nach unserer Auffassung jedoch nicht mehr.

Aus einer Ortsumgehung ist im Laufe der Jahre ein deutlich größeres Infrastrukturprojekt geworden, das neben der Entlastung Ritterhudes zunehmend auch überregionale Verkehrsaufgaben erfüllen soll.

Genau diesen Wandel bezeichnen wir als Etikettenschwindel. Wir wollen keine Verhinderung einer Ortsumgehung. Wir wollen ihre Rückkehr zu ihrem ursprünglichen Zweck.

Unsere Haltung

Team Ritterhude sagt **Ja** zu einer Ortsumgehung.

Aber wir sagen **Nein** zu den aktuell entwickelten Planungen als West- sowie Ostvariante, deren Dimensionierung und verkehrliche Funktion weit über das hinausgehen, was für eine wirksame Entlastung Ritterhudes erforderlich ist.

Eine moderne Verkehrspolitik muss sich an einer einfachen Frage orientieren:

Welche Lösung entlastet Ritterhude am wirksamsten – mit den geringstmöglichen Eingriffen in Natur, Landschaft, Eigentum und öffentliche Haushalte?

Nicht die größte Straße ist die beste Lösung. Die beste Lösung ist die Straße, die ihren Zweck erfüllt.

Unsere Forderungen

Der Rat der Gemeinde Ritterhude soll

1. Bund und Bundesregierung auffordern,
 - die heutige Planung der B74neu in ihrer jetzigen Form als Ost- oder Westvariante nicht weiterzuverfolgen,
 - einen neuen politischen Planungsauftrag für eine echte Ortsumgehung Ritterhudes zu erteilen,
 - dabei kompaktere, flächensparendere und wirtschaftlichere Lösungen ergebnisoffen zu prüfen,
 - kurzfristig wirksame Verbesserungen auf der bestehenden B74 umzusetzen,
2. die zuständigen Bundestagsabgeordneten aufzufordern,
 - sich aktiv für diesen politischen Neustart einzusetzen.

Warum gerade jetzt?

Die laufenden Planungen zeigen selbst, dass zusätzliche Umweltprüfungen, neue naturschutzfachliche Bewertungen und weitergehende Untersuchungen erforderlich geworden sind.

Gerade jetzt besteht deshalb die Chance, den politischen Auftrag neu zu definieren und aus einem immer komplexeren Straßenbauprojekt wieder das zu machen, was Ritterhude seit Jahrzehnten benötigt:

Eine wirksame Ortsumgehung.

Nicht mehr. Aber auch nicht weniger.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Gemeinde Ritterhude möge beschließen:

Resolution des Rates der Gemeinde Ritterhude

Der Rat der Gemeinde Ritterhude bekennt sich ausdrücklich zur Notwendigkeit einer leistungsfähigen Ortsumgehung zur dauerhaften Entlastung der Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 74.

Eine solche Ortsumgehung dient dem Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner, der Verbesserung der Lebensqualität, der Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinde Ritterhude.

Gleichzeitig stellt der Rat fest, dass die derzeitige Planung der B74neu nach seiner Auffassung den ursprünglichen Auftrag einer Ortsumgehung nicht mehr erfüllt.

Die heutige Planung verfolgt neben der Entlastung Ritterhudes weitere verkehrliche Ziele von überregionaler Bedeutung.

Dadurch hat sich das Projekt nach Auffassung des Rates von einer kommunalen Entlastungsstraße zu einem deutlich größer dimensionierten Infrastrukturprojekt entwickelt.

Der Rat sieht hierin einen grundlegenden Widerspruch zwischen dem ursprünglichen politischen Auftrag und der heutigen Planung.

Der Rat fordert deshalb:

1. Politischer Neustart

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die heutige Planung der B74neu in ihrer gegenwärtigen Form nicht weiterzuverfolgen und einen neuen politischen Planungsauftrag für eine echte Ortsumgehung Ritterhudes einzuleiten.

2. Rückkehr zum ursprünglichen Auftrag

Ziel der neuen Planung muss ausschließlich die nachhaltige Entlastung der Gemeinde Ritterhude sein.

Die Dimensionierung der Straße hat sich am tatsächlichen örtlichen Bedarf zu orientieren.

Überregionale Verkehrsinteressen dürfen nicht länger den Charakter des Projektes bestimmen.

3. Moderne Planungsgrundsätze

Eine neue Planung soll sich insbesondere an folgenden Grundsätzen orientieren:

- größtmögliche Entlastung der Ortsdurchfahrt,
- geringstmöglicher Flächenverbrauch,
- wirtschaftliche Realisierbarkeit,
- Nutzung vorhandener Infrastruktur,
- Kreisverkehrslösungen an geeigneten Knotenpunkten,
- hohe Akzeptanz in der Bevölkerung,
- Abwägung zwischen den Lebensräumen Mensch, Natur, Flora und Fauna.

Hierbei sind ausdrücklich auch neue und kompaktere Lösungsansätze ergebnisoffen zu prüfen.

4. Sofortmaßnahmen

Unabhängig von einer zukünftigen Ortsumgehung fordert der Rat kurzfristige Verbesserungen auf der bestehenden B74.

Hierzu gehören insbesondere:

- lärm mindernde Fahrbahnbeläge,
- Optimierung des Verkehrsflusses,
- Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr,
- Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Die Menschen in Ritterhude dürfen nicht weitere Jahre oder Jahrzehnte auf spürbare Verbesserungen warten.

5. Verantwortung des Bundes

Der Rat fordert die für den Wahlkreis zuständigen Bundestagsabgeordneten

Andreas Mattfeldt (CDU) und **Dr. Lena Gumnior (Bündnis 90/Die Grünen)**

auf,

sich aktiv für einen politischen Neustart einzusetzen und die notwendigen parlamentarischen Initiativen zur Änderung des bisherigen Planungsauftrags auf Bundesebene zu ergreifen.

Alle politischen Akteure vor Ort bewerten dieses Projekt kritisch, also muss diese Haltung auch dort vertreten werden, wo die politischen Entscheidungen getroffen werden:

Im Deutschen Bundestag.

Begründung

1. Versprochen wurde eine Ortsumgehung

Seit mehr als vier Jahrzehnten verbindet die Menschen in Ritterhude ein gemeinsames Ziel:

Die Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 74 soll vom Durchgangsverkehr entlastet werden.

Die Idee einer Ortsumgehung war niemals Selbstzweck. Sie sollte den Menschen dienen – durch weniger Lärm, mehr Verkehrssicherheit, eine höhere Lebensqualität und bessere Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Gemeinde.

Aus diesem Grund wurde die Ortsumfahrung Ritterhude bereits 1992 in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Es folgten das Raumordnungsverfahren, die landesplanerische Feststellung sowie die Linienbestimmung einer Ostvariante im Jahr 2015.

An diesem ursprünglichen Ziel hat sich nichts geändert.

Auch Team Ritterhude bekennt sich ausdrücklich zu einer leistungsfähigen Ortsumgehung. Ritterhude braucht eine Entlastungsstraße. Nicht irgendwann. Sondern so bald wie möglich.

Gerade deshalb darf der ursprüngliche Auftrag dieses Projektes nicht aus dem Blick geraten.

Eine Ortsumgehung muss sich daran messen lassen, ob sie den Ort wirksam entlastet. Nicht daran, wie groß sie geplant werden kann.

2. Heute steht etwas anderes zur Diskussion

Die heutige Planung unterscheidet sich nach unserer Auffassung grundlegend von dem Projekt, das den Menschen in Ritterhude ursprünglich vermittelt wurde.

Nach den offiziellen Angaben der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr verfolgt der Planungsauftrag nicht allein die Entlastung der Ortsdurchfahrt. Gleichzeitig sollen die Erreichbarkeit des Güterverkehrszentrums Bremen sowie der Häfen Bremen, Bremerhaven und Hamburg verbessert und die Anbindung an das Autobahnnetz über A27 und A281 gestärkt werden.

Diese Ziele mögen aus Sicht der Bundesverkehrspolitik nachvollziehbar sein. Sie verändern jedoch den Charakter des Projektes.

Aus einer Ortsumgehung, deren Zweck ausschließlich die Entlastung Ritterhudes war, ist im Laufe der Planung ein deutlich umfangreicheres Infrastrukturprojekt geworden.

Genau diese Entwicklung stellt den Kern der politischen Diskussion dar.

Wir behaupten ausdrücklich **nicht**, dass die B74neu offiziell als Zubringer der geplanten A20 geplant wird.

Die zuständige Landesbehörde weist selbst darauf hin, dass dies nicht Gegenstand ihres Planungsauftrages ist.

Wir stellen jedoch fest, dass sich die Dimensionierung und die überörtliche Verkehrsfunktion der heutigen Planung deutlich von dem unterscheiden, was viele Bürgerinnen und Bürger seit Jahrzehnten unter einer Ortsumgehung verstanden haben.

Nach unserer Auffassung besteht deshalb die Gefahr, dass die berechtigten Interessen Ritterhudes zunehmend hinter überregionalen Verkehrsinteressen zurücktreten.

Genau hierin liegt der politische Etikettenschwindel. Nicht weil eine Ortsumgehung falsch wäre. Sondern weil sich ihr ursprünglicher Auftrag im Laufe der Jahrzehnte verändert hat.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht:

Braucht Ritterhude eine Ortsumgehung?

Diese Frage beantworten wir mit einem klaren Ja.

Die eigentliche Frage lautet:

Welche Ortsumgehung braucht Ritterhude?

Eine möglichst große Straße? Oder die Straße, die den Ort am wirksamsten entlastet und dabei Menschen, Natur, Landschaft und öffentliche Mittel gleichermaßen schont?

Nach unserer Auffassung kann diese Frage heute nicht mehr allein innerhalb der bisherigen Planung beantwortet werden.

Sie verlangt einen neuen politischen Auftrag. Denn gute Verkehrspolitik beginnt nicht mit der größtmöglichen Straße.

Sie beginnt mit einer einfachen Frage:

Wie erreichen wir die größtmögliche Entlastung mit dem geringstmöglichen Eingriff?

Diese Frage muss am Anfang jeder neuen Planung stehen. Nicht an ihrem Ende.

3. Gute Planung beginnt nicht mit der größten Straße

Die öffentliche Diskussion über die B74neu konzentriert sich seit Jahren nahezu ausschließlich auf eine Frage:

Welche der bisher untersuchten Varianten soll gebaut werden?

Nach unserer Auffassung greift diese Fragestellung inzwischen zu kurz.

Sie setzt voraus, dass die richtige Lösung bereits innerhalb der bisherigen Planung liegt.

Genau diese Annahme stellen wir infrage.

Der Ausgangspunkt jeder Verkehrsplanung sollte nicht die größtmögliche Straße sein.

Ausgangspunkt muss vielmehr die Frage sein:

Welche Lösung erfüllt den eigentlichen Zweck einer Ortsumgehung am wirksamsten?

Eine moderne Infrastrukturplanung beginnt nicht mit einer Trasse.

Sie beginnt mit einem Ziel. Im Fall Ritterhudes lautet dieses Ziel eindeutig: Die nachhaltige Entlastung der Ortsdurchfahrt.

Daraus ergeben sich weitere Anforderungen. Eine zukünftige Ortsumgehung muss

- den Durchgangsverkehr wirksam aus dem Ortskern herausführen,
- möglichst wenig zusätzliche Flächen in Anspruch nehmen,
- Natur und Landschaft bestmöglich schützen,
- wirtschaftlich vertretbar sein,
- bestehende Infrastruktur sinnvoll einbinden
- und von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen werden.

Nicht die größte Straße ist deshalb die beste Lösung. Die beste Lösung ist die Straße, die Ritterhude am wirksamsten entlastet und gleichzeitig Menschen, Natur und öffentliche Mittel gleichermaßen schont.

Diese Grundhaltung sollte nach Auffassung des Rates Ausgangspunkt jeder zukünftigen Planung sein.

4. Es geht besser

Die Forderung nach einem vollständigen Neustart bedeutet ausdrücklich nicht, dass sämtliche bisherigen Erkenntnisse verworfen werden sollen.

Im Gegenteil.

Die vergangenen Jahrzehnte haben umfangreiche fachliche Untersuchungen hervorgebracht:

- Verkehrsuntersuchungen
- Umweltgutachten
- Raumordnerische Bewertungen
- Naturschutzfachliche Kartierungen

Diese Erkenntnisse bilden eine wertvolle Grundlage für jede zukünftige Planung.

Neu bewertet werden muss jedoch die grundlegende Fragestellung.

Denn inzwischen liegen aus der Bürgerschaft, von örtlichen Initiativen und aus der kommunalpolitischen Diskussion verschiedene Überlegungen vor, wie eine deutlich kompaktere Ortsumgehung mit geringeren Eingriffen in Natur und Landschaft möglich sein könnte.

Diese Ansätze zeigen vor allem eines:

Es gibt Alternativen.

Eine wirksame Entlastung Ritterhudes muss nicht zwangsläufig mit einer möglichst großen Neubaustrecke verbunden sein.

Vielmehr sprechen zahlreiche Gesichtspunkte dafür, im Rahmen eines neuen Planungsauftrages ausdrücklich auch kompaktere Lösungen zu untersuchen.

Dazu gehören insbesondere

- eine stärkere Nutzung bereits vorhandener Straßenabschnitte,
- die Verringerung des erforderlichen Flächenverbrauchs,
- eine Reduzierung neuer Brückenbauwerke,
- geringere Eingriffe in Natur- und Landschaftsräume,
- eine wirtschaftlichere Bauweise,
- sowie eine insgesamt höhere Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wir legen uns dabei bewusst nicht auf eine einzelne Trassenführung fest.

Eine Resolution soll keine Straßenplanung ersetzen. Sie soll den politischen Auftrag definieren.

Genau deshalb fordern wir ausdrücklich einen **ergebnisoffenen Neustart**.

Nicht mit dem Ziel, eine bereits bevorzugte Variante zu bestätigen. Sondern mit dem Ziel, die bestmögliche Lösung für Ritterhude zu finden.

Dabei sollten ausdrücklich auch bereits entwickelte örtliche Alternativüberlegungen – insbesondere für eine kompaktere Ostumfahrung – in den Planungsprozess einbezogen werden.

5. Bestehende Infrastruktur besser nutzen

Ein weiterer Grundsatz einer modernen Verkehrsplanung lautet:

Bestehende Infrastruktur sollte genutzt werden, bevor neue Flächen dauerhaft in Anspruch genommen werden.

In der bisherigen Diskussion lag der Schwerpunkt häufig auf der Entwicklung neuer Trassen.

Künftige Planungen sollten dagegen stärker prüfen,

- welche vorhandenen Straßen sinnvoll eingebunden werden können,
- an welchen Stellen bestehende Infrastruktur ertüchtigt werden kann,
- und wo sich dadurch Eingriffe in Natur, Landschaft und Eigentum vermeiden lassen.

Gerade vor dem Hintergrund begrenzter öffentlicher Haushaltsmittel gewinnt dieser Gedanke zunehmend an Bedeutung.

Wir sind überzeugt:

Jeder vermiedene Meter Neubautrasse, jede vermiedene Brücke, jede vermiedene Flächenversiegelung stellt einen Gewinn für Natur, Landwirtschaft, öffentliche Haushalte und die Akzeptanz des Projektes dar.

Ein neuer Planungsauftrag sollte deshalb ausdrücklich das Ziel verfolgen, den Umfang notwendiger Neubauten auf das tatsächlich erforderliche Maß zu begrenzen.

6. Warum gerade jetzt?

Wir sind überzeugt, dass sich die Diskussion um die B74neu an einem entscheidenden Wendepunkt befindet.

In den vergangenen Jahren haben neue Untersuchungen gezeigt, dass wesentliche Grundlagen der bisherigen Planung erneut überprüft werden müssen.

Insbesondere zusätzliche naturschutzfachliche Bewertungen sowie weitergehende Prüfungen nach den Vorgaben des europäischen Natura-2000-Rechts haben dazu geführt, dass der ursprünglich vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat den Prüfungsumfang mehrfach erweitert und den Zeitpunkt für die Entscheidung über eine Vorzugsvariante verschoben.

Diese Entwicklung wird häufig als Rückschlag bewertet. Der Rat sieht darin jedoch vor allem eine Chance.

Wenn zentrale fachliche Grundlagen ohnehin erneut untersucht werden müssen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, auch den politischen Auftrag zu überprüfen.

Nicht aus ideologischen Gründen. Sondern aus Verantwortung.

Eine Planung, deren Ursprünge mehr als drei Jahrzehnte zurückliegen, muss sich an den Anforderungen der Gegenwart messen lassen. Politik darf neue Erkenntnisse nicht als Hindernis verstehen. Sie muss sie als Grundlage für bessere Entscheidungen nutzen. Gerade darin besteht verantwortungsvolles politisches Handeln.

7. Die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert

Seit den ersten Planungen zur Ortsumgehung Ritterhude hat sich nicht nur das Projekt verändert. Auch die Welt hat sich verändert.

Heute gelten andere Anforderungen an den sparsamen Umgang mit Flächen.

Der Schutz von Natur und Landschaft besitzt zu Recht einen deutlich höheren Stellenwert. Europäische Umweltvorgaben stellen höhere Anforderungen an Infrastrukturprojekte.

Gleichzeitig stehen moderne Möglichkeiten der Verkehrssteuerung, des aktiven Lärmschutzes und der intelligenten Verkehrslenkung zur Verfügung, die bei Beginn der ursprünglichen Planung noch nicht existierten oder nicht in gleicher Weise genutzt wurden.

Auch der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Investitionsmitteln hat heute eine größere Bedeutung.

Große Infrastrukturprojekte müssen sich nicht nur an ihrer verkehrlichen Wirkung messen lassen.

Sie müssen auch wirtschaftlich, nachhaltig und gesellschaftlich akzeptiert sein.

Wir sind deshalb überzeugt:

- Eine Planung, deren Wurzeln in den 1990er Jahren liegen, darf nicht allein deshalb unverändert fortgeführt werden, weil bereits viel Zeit in sie investiert wurde.
- Moderne Planung bedeutet, neue Erkenntnisse ernst zu nehmen. Nicht, alte Konzepte um jeden Preis zu verteidigen.

8. Sofort handeln statt weiter warten

Unabhängig von der zukünftigen Ortsumgehung darf die Verbesserung der heutigen Verkehrssituation nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Die Menschen entlang der bestehenden Bundesstraße tragen die Belastungen bereits heute.

Sie benötigen deshalb nicht nur langfristige Perspektiven.

Sie benötigen auch kurzfristig spürbare Verbesserungen.

Wir fordern Bund und Land daher auf, bereits während der weiteren Planungen alle Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, die ohne den Neubau einer Ortsumgehung zu einer Entlastung beitragen können.

Hierzu gehören insbesondere:

- lärm mindernde Fahrbahnbeläge,
- die Optimierung der Verkehrssteuerung,
- Maßnahmen zur Verstetigung des Verkehrsflusses,
- Kreisverkehrslösungen an geeigneten Knotenpunkten,
- Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr,
- sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Diese Maßnahmen ersetzen eine Ortsumgehung nicht.

Sie können jedoch dazu beitragen, die Lebensqualität der Menschen bereits heute spürbar zu verbessern.

Gleichzeitig schaffen sie die Möglichkeit, eine zukünftige Ortsumgehung stärker auf diejenigen Verkehrsbeziehungen zu konzentrieren, für die tatsächlich eine neue Trasse erforderlich ist.

Wir sind überzeugt:

- Gute Verkehrspolitik beginnt nicht erst mit dem ersten Spatenstich.
- Sie beginnt dort, wo die Lebensqualität der Menschen bereits heute verbessert werden kann.

9. Verantwortung beginnt nicht an der Gemeindegrenze

Die Gemeinde Ritterhude kann den Bundesverkehrswegeplan nicht selbst ändern. Sie kann keine Linienbestimmung aufheben. Sie entscheidet nicht über Bundesstraßen.

Gerade deshalb richtet sich diese Resolution ausdrücklich an diejenigen politischen Ebenen, auf denen die grundlegenden Entscheidungen getroffen werden.

Wir erwarten von den für Ritterhude verantwortlichen Bundestagsabgeordneten, dass sie die Interessen unserer Gemeinde aktiv auf Bundesebene vertreten.

Politische Verantwortung endet nicht mit einer öffentlichen Stellungnahme. Sie beginnt dort, wo Entscheidungen beeinflusst werden können. Im Deutschen Bundestag.

Wir fordern deshalb die für unseren Wahlkreis zuständigen Bundestagsabgeordneten **Andreas Mattfeldt (CDU)** und **Dr. Lena Gumnior (Bündnis 90/Die Grünen)** auf,

- sich eindeutig zur zukünftigen Entwicklung der B74neu zu positionieren,
- sich aktiv für einen neuen politischen Planungsauftrag einzusetzen,
- Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr aufzunehmen,
- parlamentarische Initiativen für eine Neubewertung der bisherigen Planung zu prüfen,
- und gemeinsam mit der Gemeinde Ritterhude an einer zukunftsfähigen Lösung mitzuwirken.

Diese Resolution versteht sich ausdrücklich als Einladung zur Zusammenarbeit. Sie richtet sich nicht gegen einzelne Parteien oder Personen. Sie richtet sich an alle politischen Verantwortungsträger, die Einfluss auf die Zukunft der B74neu nehmen können.

Denn die Frage lautet nicht, wer in der Vergangenheit welche Position vertreten hat. Die entscheidende Frage lautet:

Welche Lösung wollen wir den Menschen in Ritterhude heute anbieten?

10. Ehrlichkeit schafft Vertrauen

Große Infrastrukturprojekte benötigen Akzeptanz. Akzeptanz entsteht jedoch nicht allein durch technische Planungen. Sie entsteht vor allem durch Vertrauen.

Die Menschen in Ritterhude haben über Jahrzehnte eine Ortsumgehung unterstützt, weil ihnen eine Entlastung ihres Ortes in Aussicht gestellt wurde.

Dieses Vertrauen verpflichtet Politik zu Ehrlichkeit.

Wenn sich ein Projekt im Laufe der Zeit verändert, muss dies offen benannt werden. Wenn sich Rahmenbedingungen ändern, muss Politik bereit sein, ihre Entscheidungen zu überprüfen. Und wenn bessere Lösungen möglich erscheinen, darf ihre Prüfung kein Zeichen von Schwäche sein.

Im Gegenteil.

Es ist Ausdruck verantwortungsvoller Politik, bestehende Planungen an neue Erkenntnisse anzupassen und den Mut zu besitzen, einen neuen Weg einzuschlagen.

Gerade darin sehen wir seine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Ritterhudes.

11. Schlussfolgerung

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer leistungsfähigen Ortsumgehung.

Wir bekennen uns ebenso zu einer modernen Infrastrukturpolitik. Beides gehört zusammen.

Eine gute Verkehrspolitik misst sich nicht an der Größe eines Projektes. Sie misst sich daran, ob sie die Probleme der Menschen wirksam löst.

Wir sind überzeugt:

Ritterhude braucht eine Ortsumgehung. Aber Ritterhude braucht die **richtige** Ortsumgehung.

Eine Straße,

- die den Ort wirksam entlastet,
- die Natur und Landschaft so weit wie möglich schont,
- die vorhandene Infrastruktur intelligent nutzt,
- die wirtschaftlich verantwortbar ist,
- und die wieder den ursprünglichen Auftrag erfüllt, den die Menschen in Ritterhude seit Jahrzehnten mit einer Ortsumgehung verbinden.

Deshalb fordern wir keinen Stillstand. Wir fordern einen Neuanfang.

Nicht gegen Verkehr. Sondern für eine bessere Verkehrspolitik.

Nicht gegen Infrastruktur. Sondern für eine Infrastruktur, die den Menschen dient.

Nicht gegen eine Ortsumgehung. Sondern für ihre Rückkehr zu ihrem ursprünglichen Auftrag.

Schlusswort

Diese Resolution ist kein Nein zu einer Ortsumgehung. Sie ist ein Ja zu einer besseren Ortsumgehung. Sie ist ein Ja zu einer ehrlichen Verkehrspolitik. Sie ist ein Ja zu einer Planung, die den Menschen dient.

Wir appellieren deshalb an Bundesregierung, Deutschen Bundestag und Niedersächsische Landesregierung, den Mut aufzubringen, die heutige Planung grundlegend zu hinterfragen und einen neuen politischen Planungsauftrag auf den Weg zu bringen.

Die Menschen in Ritterhude haben lange genug auf eine Entlastung gewartet. Sie verdienen keine immer größere Straße. Sie verdienen die **richtige** Straße.

Eine gute Ortsumgehung erkennt man nicht daran, wie groß sie ist. Sondern daran, wie gut sie den Menschen dient.

Quellenverzeichnis

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Projektinformationssystem (PRINS) zum Bundesverkehrswegeplan 2030 – Projekt B74-G10-NI „B 74 Ortsumfahrung Ritterhude“. Projektbeschreibung, Nutzen-Kosten-Bewertung, Umweltbewertung und Projektbegründung.

<https://www.bvwp-projekte.de/strasse/B74-G10-NI/B74-G10-NI.html>

Abruf: 02.08.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)

Ortsumfahrung Ritterhude im Zuge der Bundesstraße 74 – Projektübersicht.

<https://www.strassenbau.niedersachsen.de/b74/ortsumfahrung-ritterhude-im-zug-e-der-bundesstrasse-74-137733.html>

Abruf: 02.08.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)

Fragen und Antworten – Planungen zur Ortsumfahrung Ritterhude.

Informationen zum Planungsauftrag, den Projektzielen, Variantenvergleich sowie zum Verhältnis der Planung zur A20.

https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/projekte/bundesstrassen/b_74_ortsumfahrung_ritterhude/fragen_und_antworten/planungen/fragen-und-antworten-planungen-219879.html

Abruf: 02.08.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)

Presseinformation: *B 74 Ortsumfahrung Ritterhude – Zusätzliche Prüfungen erfordern mehr Zeit für die Entscheidung über die Vorzugsvariante.*

29. August 2025.

<https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/b-74-ortsumfahrung-ritterhude-zusätzliche-prüfungen-erfordern-mehr-zeit-für-die-entscheidung-über-die-vorzugsvariante-244438.html>

Abruf: 02.08.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)

Presseinformation: *B 74 OU Ritterhude – Bestimmung der bestmöglichen Variante erfordert größeren Prüfungsumfang.*

26. März 2026.

<https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/b-74-ou-ritterhude-bestimmung-der-bestmoglichen-variante-erfordert-grosser-en-prufungsumfang-249826.html>

Abruf: 02.08.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)

Fragen und Antworten – Wirtschaftlichkeit der Ortsumfahrung Ritterhude.

https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/projekte/bundesstrassen/b_74_ortsumfahrung_ritterhude/fragen_und_antworten/wirtschaftlichkeit/fragen-und-antworten-wirtschaftlichkeit-219885.html

Abruf: 02.08.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)

Fragen und Antworten – Wirtschaft. Aussagen zu Reisezeiten, Verkehrsverlagerung und wirtschaftlichen Effekten.

https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/projekte/bundesstrassen/b_74_ortsumfahrung_ritterhude/fragen_und_antworten/wirtschaft/fragen-und-antworten-wirtschaft-219884.html

Abruf: 02.08.2026

Hinweis

Soweit in dieser Resolution politische Bewertungen vorgenommen werden (insbesondere zur verkehrlichen Funktion der heutigen Planung und zur Forderung nach einem vollständigen Planungsneustart), stellen diese ausdrücklich die politische Auffassung des Team Ritterhude dar. Die zugrunde liegenden Tatsachen stützen sich auf die im Quellenverzeichnis aufgeführten amtlichen Unterlagen und Veröffentlichungen.